

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., auswärts 65 Pfg., Reklamazeilen 180 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 197      Fernruf 179      Wildbad, Mittwoch, den 24. August 1921      Fernruf 179      55. Jahrgang

### Tagespiegel.

Die Einberufung des Reichstags ist auf 27. Septem-ber verschoben worden.

Der Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, trotz der in Paris ausgedrückten Zweifel sei es vollkommen klar, daß der Völkerbundrat in der oberösterreichischen Frage sich von einer Körperlichkeit von Juristen und Sachverständigen leiten lassen müsse.

Aus türkischer Quelle verlautet, daß der griechische Angriff bei Gordium von den Türken zum Stehen gebracht sei. Die Griechen haben eine Schlappe erlitten.

Auffständische der Provinz Madras haben die Telegraphen- und Bahnlinien auf der südindischen Bahn unterbrochen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Militär und Polizei. 2 Offiziere und 2 Polizisten werden vermisst. Mehrfach wurden Postämter geplündert. Ein Sonderzug mit Truppen und Polizei ist von Kalkutta nach dem Schauplatz der Unruhen gegangen.

### Der Friede mit Amerika.

Präsident Harding und Staatssekretär Hughes haben beschlossen, dem Senat nicht mehr den Friedensvertrag von Versailles mit entsprechenden Änderungen zu unterbreiten. Der Geschäftsträger in Berlin, Drefel, ist beauftragt worden, mit dem Auswärtigen Amt in Verhandlungen zu treten. Die Berliner Regierung hat sich sofort bereit erklärt, auf Grund der Anor-Vorterrischen Entschliessung zu verhandeln, in der die Regierung der Vereinigten Staaten sich die Wahrung aller Rechte vorbehalten, die ihr aus dem Vertrag von Versailles erwachsen sind. Die amerikanische Regierung hat bereits ihre Genehmigung darüber ausgedrückt, daß die deutsche Regierung größtes Entgegenkommen in jeder Hinsicht gezeigt und sich allen Wünschen Amerikas gefügt habe.

Der Friedensvertrag wird sich in vielen Bestimmungen mit dem von Versailles decken, aber jede Bezugnahme auf den Völkerbund ist darin sorgfältig vermieden. Ferner ist in dem Sondervertrag keine Andeutung enthalten über die Grenzveränderungen in Europa, da Amerika es ablehnt, sich damit zu befassen. Das Schicksal der Halbinsel Schantung findet gleichfalls keine Erwähnung, weil die Vereinigten Staaten mit der Besitzergreifung von Schantung durch Japan nicht einverstanden sind, denn sie hatten in einem Vertrag mit China diesem ausdrücklich ihre Unterstützung für die Wiedererwerbung des deutschen Pachtgebietes zugesagt. Mit der britischen Herrschaft über Ägypten und mit ähnlichen Besitzveränderungen in anderen Ländern will die amerikanische Regierung gleichfalls nichts zu tun haben.

Ein Punkt scheint noch nicht endgültig entschieden zu sein, nämlich das Schicksal des beschlagnahmten deutschen Eigentums. Selbst wenn die amerikanische Regierung geneigt wäre, das deutsche Eigentum freizugeben, bedürfte sie dazu der Annahme eines besonderen Gesetzes durch den Kongress. Ehe das aber geschehen kann, müssen nach Auffassung der amerikanischen Regierung die Schadenersatzansprüche amerikanischer Bürger sichergestellt werden, die ihnen aus dem Tauchbootkrieg zugehen. Da solche Ansprüche immer noch eingehen, macht das Justizministerium mit deren Prüfung nur langsame Fortschritte.

### Der neue Kniff der Fremdenlegionswerber.

**Eine Warnung.**

Trotz aller Warnungen gehen die Werbungen zur Fremdenlegion im besetzten Gebiet unvermindert weiter. Zwar wagen die Agenten nicht mehr wie früher offen aufzutreten, aber die Kniffe, die sie jetzt anwenden, sind um so gefährlicher. Es ist darum von größter Bedeutung, das niederträchtige Treiben der Werber und die Art ihres Vorgehens in der Presse genauer zu beleuchten, um die vollschädigende Tätigkeit dieser Sklavenhändler nach Möglichkeit zu unterbinden.

Vor kurzem erst gelang es einem jungen Mann, aus einem Transport französischer Fremdenlegionäre aus dem Reper Bahnhof zu entfliehen. Dieser hat über seine Anwerbung folgende eidlich erhärtete Angaben gemacht. Er war auf einer Beche als Praktikant beschäftigt. Am 5. und 6. Juni hielt er sich in Köln auf. Auf der Straße be-

merkte er, wie einem Herrn, der längere Zeit vor ihm hergegangen war, die Brieftasche entfiel. Der junge Mann hob die Brieftasche auf und überbrachte sie dem Fremden, der ihn aus Dankbarkeit einlud, mit ihm in einem nahegelegenen Restaurant eine Flasche Wein zu trinken. Im Restaurant bot ihm der Fremde Zigaretten an, nach deren Genuß ihm schwindlig wurde. Als er aus seiner Ohnmacht erwachte, befand er sich im fahrenden Zug, allein in einem Coupé mit dem fremden Herrn, der vorgab, ihn nach Hause zu bringen, nachdem ihm schlecht geworden sei. Zur Erinnerung bot er ihm wieder Zigaretten an, nach deren Genuß der junge Bergwerkspraktikant abermals in einen Dämmerzustand verfiel, aus dem er erst zu vollem Bewußtsein in einer Zelle erwachte, um zu erfahren, daß er in Mexiko sei und sich für fünf Jahre für die Fremdenlegion verpflichtet habe. Trotz seines Protestes wurde er eingekerkert und sollte am 28. Juli mit einem Transport von 150 Mann, ausschließlich Deutschen, nach Marseille abgehen. Auf dem Bahnhof in Mexiko glückte es ihm mit noch zwei anderen, die auf ähnliche Weise zur Fremdenlegion „geworben“ waren, zu entfliehen und über Holland nach Deutschland zurückzukehren.

Von dem Agenten, der amtlichen Berichten zufolge auch im unbesetzten Deutschland sein Umweien treibt, gibt der glücklich Entkommene folgende Beschreibung: Ein eleganter Herr etwa 1.80 Meter groß, schwarzer, kurz geschnittener Schnurrbart, blauer, sehr eleganter Anzug, Lederhandschuhe, farbige Strümpfe, Rohrstock mit goldener Knopf.

Junge Leute tun gut daran, wenn sie gegenüber fremden, eleganten Herren, auch wenn diese den besten Eindruck machen, nicht zu vertrauensselig sind. Namentlich ist diese Vorsicht in den größeren Städten des besetzten und des der Besatzungszone naheliegenden unbesetzten Gebietes sehr angezeigt. Zumeist verbirgt sich hinter diesem äußeren guten Eindruck ein sogenannter Deutscher, der es nicht verschmäht, als Agent für die französische Fremdenlegion tätig zu sein.

### Neues vom Tage.

**Anfrage im Reichstag.**

Berlin, 23. Aug. Wegen der Entlassung von 54 Beamten der Braunschweiger Schutzpolizei, die dem „Stahlhelm“ angehörten, haben die deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Weisarp, Dergt und Dr. Hötisch an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, was sie gegen die willkürliche und ungesetzliche Entlassung der Schutzpolizisten durch die Braunschweiger Regierung zu tun gedenke.

**Die Wiederaufbaubesprechungen.**

Paris, 23. Aug. Der Wiederaufbauminister Loucheur, der zurzeit in Holland weilt, wird sich vor der Zusammenkunft mit Rathenau nach Paris begeben, um sich mit Ortland zu besprechen. Die Nachricht von der Zusammenkunft in Wiesbaden soll in Londoner Regierungskreisen und Finanzkreisen ungünstig aufgenommen worden sein, weil man glaubt, daß die Abmachungen Englands Interessen hintansetzen. „Alte Nouvelle“ (das neue Zeitalter) schreibt, wenn die wirtschaftlichen „Sanktionen“ im besetzten Gebiet nach dem Beschluß des Obersten Rats am 15. September aufgehoben werden, so müsse Frankreich dafür einen Ersatz verlangen, denn die Aufhebung der Sanktionen stellen einen einseitigen Vorteil Deutschlands dar. Loucheur werde diesen Standpunkt in Wiesbaden wirksam zu vertreten wissen.

**Weltvereinigung der geistigen Arbeiter.**

Brüssel, 23. Aug. Der Kongreß der geistigen Arbeiter hat folgende Entschliessung angenommen: 1. Der Kongreß erwägt den Entwurf für eine internationale Vereinigung geistiger Arbeiter. Er gibt 2. der internationalen Arbeitervereinigung den Antrag, in den verschiedenen Ländern dafür zu wirken, daß in jedem Land eine Vereinigung geistiger Arbeiter, die zu der Weltvereinigung gehören, zustandekommt, und sofort mit dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeiterbureau in Verbindung zu treten.

**Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz.**

London, 23. Aug. Die „Times“ melden, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Dap-Brage

nach vor dem Zusammentritt der Abrüstungskonferenz in Washington befriedigend gelöst werde. Man hält es für möglich, daß auch die Schantungfrage auf das Programm der Washingtoner Konferenz gesetzt wird.

Präsident Harding soll dem Wunsch der Arbeiterschaft, auf der Konferenz vertreten zu sein, gewogen sein.

**Beteiligung der Reichswehr am Frontkämpfertag verboten.**

Berlin, 23. Aug. Der Reichswehrminister hat nach dem „Lokalanzeiger“ den Angehörigen der Reichswehr die Beteiligung in Uniform an dem heutigen Deutschen Frontkämpfertag verboten. Die Feier wird vom Nationalverband deutscher Offiziere und dem Verband nationalsozialistischer Soldaten im Grunewald bei Berlin veranstaltet. Auch der Schuttpolizei ist die Beteiligung verboten.

**Verhandlungen über die Gehaltsregelung.**

Berlin, 23. Aug. Gestern haben im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den Beamtenverbänden und Gewerkschaften über Gehalts- und Lohnforderungen begonnen. Es wurden mehrere Ausschüsse gebildet. Die Beamten wollen an der Teuerungszulage von 5000 Mk. festhalten. Die Eisenbahnbeamten haben sich zu einer eigenen Gewerkschaft im Allgemeinen Eisenbahnerverband zusammengeschlossen.

In den Verhandlungen der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter im Bergbau verlangten die Vertreter der Arbeiter eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 12 Mark für die tägliche Schicht. Die Forderung wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Arbeiter stellen eine Frist bis 1. September.

**Aussperrung.**

München, 23. Aug. Wegen Lohnforderungen haben die Tiefbauarbeiter am Walschenseekraftwerk die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer haben nun sämtliche 1400 Arbeiter ausgesperrt.

**Die Milchversorgung der Städte.**

Bonn, 23. Aug. In einer gemeinsamen Beratung des Meiereiverbands für Westfalen und Lippe mit den Milchhändlergenossenschaften für Rheinland und Westfalen wurde festgestellt, daß alle Kriegsmahnmahnen beseitigt werden müssen und daß die Frage einer guten Versorgung der Städte mit Milch in erster Linie durch eine straffe Ordnung aller an der Milchwirtschaft beteiligten Kreise zu lösen sei.

**Der Handwerkeritag gegen die Steuerpläne.**

Magdeburg, 23. Aug. In der von 3000 Teilnehmern besuchten Hauptversammlung des Zweiten deutschen Handwerkeritags wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, die feierlich Verwahrung gegen die Steuerpläne der Regierung einlegt. Sie verlangt eine einfache, klare Gesetzgebung und verwahrt sich besonders gegen den Gedanken einer Zwangshypothek. Eine zweite Entschliessung verlangt, daß möglichst bald soziale Fürsorgeeinrichtungen auf dem Weg der Freiwilligkeit für das deutsche Handwerk geschaffen werden.

**Aus dem besetzten Gebiet.**

Arenznach, 23. Aug. Als Nachkommen alter Preußen, die unter Napoleons Fahnen kämpften, wurde dem „Lokalanzeiger“ zufolge, acht angesehenen Bürgern der Stadt durch die französische Behörde eine Erinnerungsmedaille verliehen, die Oberst Claret mit einer Ansprache überreichte, in der er der Hoffnung auf dauernde Versöhnung der Menschheit Ausdruck gab. Diese „Versöhnungsstar“ der Franzosen ist offensichtlich auf den Geist der Täuschung zurückzuführen und stellt gegenüber dem gärtigen Benehmen der französischen Behörden einen sehr dürftigen Beweis des Versöhnungswillens dar. Deutsche Bürger werden angesichts des sonstigen Auftretens der französischen „Sieger“ gegen Deutschland besser daran tun, derartige Auszeichnungen abzulehnen.

Koblentz, 23. Aug. Nach einer Meldung der „Koblenzer Volkszeitung“ beschlagnahmte die französische Militärbehörde 40 Jagden in Rheinbessen. Die Jagden stehen nur französischen Offizieren zur Verfügung. Ein Einspruch der Jagdbäuer bei der Rheinlandkommission hat keinerlei Erfolg gehabt.







